

Antworten von Michael Weingärtner, Freie Wähler

auf die Forderungen des Frankfurter Jugendrings

14.2.2018

(die fett markierten Textpassagen sind die Originalforderungen des FJR; darunter befinden sich die jeweiligen Antworten von M. Weingärtner)

Für eine „Wohnungsgemeinnützigkeit“: Mit finanziellen und steuerlichen Anreizen sollen Hausbesitzer*innen und Wohnungsunternehmen in die Lage versetzt werden, Familien, Studierenden und Auszubildenden bezahlbaren Wohnraum anzubieten.

Steuerliche Anreize beim Wohnungsbau zu setzen wird für einen Oberbürgermeister sehr schwierig, da das Steuerrecht nicht in seine Zuständigkeit gehört. Ich bin der Meinung, dass sozialverträglicher Wohnraum nicht wirtschaftlichen und gewinnoptimierenden Faktoren ausgesetzt sein darf. Daher bin ich für eine Rückkehr des Wohnungsbaus in die kommunale Hand, zumindest in genossenschaftliche Strukturen und somit wieder näher zum Bürger.

Für mehr sozialen Wohnungsbau und die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung für geförderten Wohnraum.

Zunächst sollten beim sozialen Wohnraum lediglich die Herstellungskosten des Wohnraumes, bei der Ermittlung des Mietzinses, zum Ansatz kommen. Dies wäre die Grundlage einer Kostendeckung der Ausgaben, über einen definierten Zeitraum. Somit wäre einer Spekulation über die Nettomiete der Weg verbaut. Weiterer Nebeneffekt wäre die Transparenz bei den Herstellungs- und Unterhaltungskosten. Auch muss hier ein verbindlicher Index festgeschrieben werden, wie viel „bezahlbarer“ Wohnraum den Einwohnern zur Verfügung stehen muss.

Für neue Wege, um die Leerstandsproblematik in Frankfurt zu lösen (Gesetz gegen den spekulativen Leerstand).

Hier braucht die Stadt Frankfurt am Main ein „Leerstandskataster“, um überhaupt zu ermitteln, wie viel ungenutzter Raum vorhanden ist. Und dies nicht nur auf dem Sektor Wohnraum, sondern auch ungenutzte Gewerbefläche.

Für die kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre bzw. bis zum Abschluss des Abiturs oder der ersten Ausbildung.

Insgesamt muss der ÖPNV neu überdacht werden. Wichtigster Effekt ist die Attraktivitäts- und Akzeptanzsteigerung. Neben der Kinder- und Jugendermäßigung muss es auch älteren Menschen leichter gemacht werden, den günstigen Zugang zum ÖPNV zu finden.

Für eine Erhöhung der Bemessungsgrenze des Frankfurt- Passes und eine Überarbeitung der Vergabekriterien.

Standardisierte Werte für ein Bundesland sind eine erste Richtschnur. Hier müssen allerdings auch lokale Besonderheiten Berücksichtigung finden. Ich bezeichne diese Mehrkosten als Ballungsraumkosten. Hier muss nach einem festgeschriebenen Index die Modalitäten für die Bemessungsgrenzen reformiert und angepasst werden.

Für mehr Einrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche und eine angemessene Ausstattung dieser, insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen.

Ein erster Schritt, sollte die Ganztagsschulbetreuung sein. Ob dies vollumfänglich kostenfrei gestaltet werden kann, oder in einem Solidarmodell, muss ermittelt werden. Daneben die Festigung der Jugendarbeit. Die Personalgewinnung für diese Tätigkeiten ist für Frankfurt ein generelles Problem. Hier fordern die Berufsverbände schon seit langem mehr Attraktivität zur Mitarbeitergewinnung und – Erhaltung. Ein Mittel wäre die Rückkehr zu einer sog. Ballungsraumzulage. Im Bereich des Wohnungsmarktes, die Rückkehr zu städtischen Dienstwohnungen, ein hessenweites Job-Ticket, um nur kleine Denkanstöße beispielhaft zu nennen.

Für mehr öffentliche Plätze und Räume in der Stadt, an denen sich Jugendliche aufhalten können.

Hier kann durch Öffentlichkeitsarbeit vielleicht mehr Toleranz und Verständnis füreinander aufgebaut werden. Allerdings geht dies auch nur bei respektvollem Umgang beider Seiten miteinander.

Für genügend Kinderspielplätze (groß genug und in guter Lage), insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, und genügend Grünflächen, die als Naherholungsgebiete genutzt werden können.

Der aktuelle Zustand der öffentlichen Spielplätze lässt zu wünschen übrig und hier ist sicherlich eine Menge Verbesserungspotential. Die Einrichtung einer zentralen Meldestelle, analog „Sauberes Frankfurt“ wäre hier aus meiner Sicht sinnvoll, um auf Mängel zeitnah reagieren zu können. Auch Kooperationen mit Werkstätten für behinderte Menschen könnten hier in der Mängelbeseitigung dienlich sein.

Für mehr kommunale Mittel, um die kostenlose Teilnahme an Angeboten der Sportvereine, der Musikschule oder anderen Kultur- und Freizeiteinrichtungen zu ermöglichen.

Neben der Ausweitung der städtischen Unterstützung muss es auch für Mitglieder von solchen Institutionen künftig attraktiver werden, sich im Ehrenamt zu engagieren. Ein Steuerfreibetrag für das Ehrenamt, ist zwar keine kommunale Regulierungsmöglichkeit, doch hier auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken wäre eine Möglichkeit, Bewegung und Motivation in das Ehrenamt zu bringen.

Ferienfreizeiten für alle! Jedes Kind sollte mindestens einmal im Jahr an einer Ferienfreizeit der Frankfurter Jugendverbände teilnehmen können, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Hier wäre zu prüfen, ob dies eine Ergänzung der Ganztagsbetreuung sein könnte. Gerade während der Schul-Ferienzeit ist eine vollumfängliche Betreuung der Kinder für viele Familien unmöglich.

Für den Ausbau von Betreuungsplätzen (Horte, U3) und einen kindgerechten Personalschlüssel in Kitas vorrangig in den benachteiligten Stadtteilen.

Ein vollumfänglicher und bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze ist zwar erstrebenswert, scheitert m.E. allerdings an den räumlichen Möglichkeiten und den personellen Ressourcen geeigneter Fachkräfte. Ein probates Mittel, um eine Alternative zur öffentlich organisierten Betreuung anzubieten, sehe ich in der Förderung von generationsübergreifenden Wohnformen. Ein enges Zusammenleben mehrerer Generationen und bestenfalls Menschen mit Behinderung kann die Sozialkompetenz aller Bewohner fördern.

Für eine kostenlose Ganztagsbetreuung, auch für Kinder unter 3 Jahre.

Hier haben sich die FREIE WÄHLER in Hessen schon seit Jahren aktiv dafür eingesetzt. Nun gilt es die Wegbereitung der Landesregierung zu beobachten. Auch wir sind hier der Meinung, das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht.

Für ein kostenloses Mittagessen für jedes Kind, das dieses benötigt.

Wie bei den vorangegangenen Fragen, sollte hier ein verbindlicher Index entwickelt werden, der sich an den Realpreisen orientiert. Auch über eine Unterstützung aus dem Handel und der Industrie sollte meines Erachtens stärker nachgedacht werden. Hier muss wieder mehr auf die soziale Verantwortlichkeit der Kommune und der Gesellschaft aufmerksam gemacht werden.

Für die bedarfsgerechte Schaffung umfassender Unterstützungsangebote (Beratung, Lots*innen-/ Mentor*innenbegleitung, kostenlose Nachhilfe) in allen Einrichtungen mit hohem sozialen Belastungsgrad.

Dies würde sich in Inklusions-Wohnprojekten besonders abbilden und realisieren lassen.

Für eine Verankerung des Themas „Kinder- und Jugendarmut“ als Querschnittsaufgabe der städtischen Verwaltung.

Hier wäre eine Stabsstelle zweckdienlich. Ein zentraler Anlaufpunkt für Hilfesuchende und Helfende, gemeinsam an einem runden Tisch.

Für eine Sensibilisierung und entsprechende Fortbildung von Fachkräften in Schulen, in der Verwaltung und in der Jugendarbeit.

Dies wäre ebenfalls die zentrale Aufgabe einer solchen Stabsstelle „Kinder und Jugend“ als Bindeglied aller Beteiligten.

Für eine starke Vernetzung der Akteur*innen und Organisationen in den Sozialräumen, die mit Kinder- und Jugendarmut zu tun haben.

Auch hier würde ich eine Stabsstelle „Kinder und Jugend“ in der Verantwortung sehen.

Für eine systematische Erfassung der Bedarfe und Interessen armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher sowie ihre Beteiligung bei der Planung von Angeboten, damit es passgenaue Unterstützungen geben kann.

Wie in den vorangegangenen Fragestellungen, wäre hier die Stabsstelle als Lenkungsorgan aller am Prozess beteiligten Akteure zu sehen. Auch Eltern, die hier quasi zwischeninstanzlich zum Jugendamt Rat finden können und in die Prozesse eingebunden sind, wären nah am Entscheidungsgeschehen.

Viele „Mängel“ könnten, auch mit niedrigem Haushaltsbudget, bereinigt werden. In der Vergangenheit hat es aus meiner Sicht an einer gesteuerten Kommunikation gemangelt. Viele Akteure mit guten Ideen haben nicht zueinander gefunden. Hier muss der Wille der Zusammenarbeit gestärkt werden. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die Mängel auch schonungslos, aber inhaltsvoll, thematisiert und verbreitet. Ein ehrliches und respektvolles Zusammenspiel in einer Kinder- und Jugend-Konferenz könnten aus meiner Sicht vieles schon bereinigen und klären. Vor allem würden Problemlösungen von Betroffenen selbst generiert werden können, statt vom grünen Tisch hinweg bestimmt. Selbsthilfe – kommunal gesteuert und unterstützt!